



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

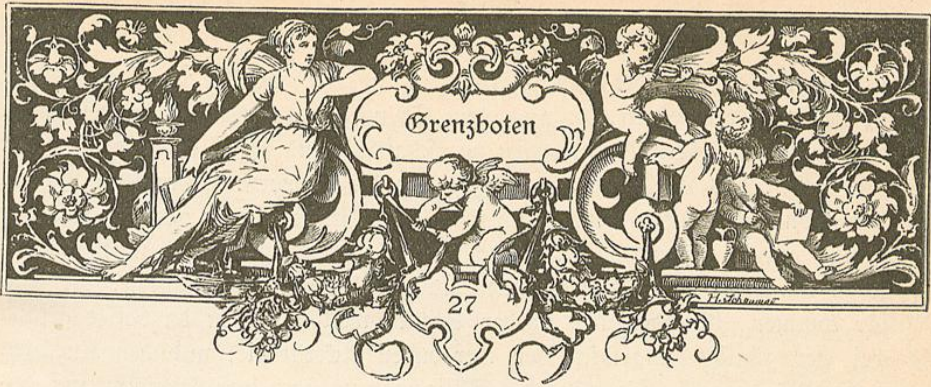
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Zur Lage

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Zur Lage



eginnen wir mit einem Rückblick. In Preußen haben sich vor 1866 Regierung und Volk oft darüber beklagt, daß man um der schlechten geographischen Gestalt des Landes willen und zum Schutze des deutschen Volkes eine übermäßig schwere Waffenrüstung tragen müsse, und die Einigung Deutschlands wurde u. a. auch darum erstrebt, weil man davon in dieser Beziehung Erleichterung hoffte. Nach 1870 ist nun die Last der Preußen nicht leichter und die der Süddeutschen schwerer geworden. Kein Wunder, daß diese Enttäuschung und der nicht bloß fortdauernde, sondern zunehmende Druck Mißstimmung erzeugt, und daß diese Mißstimmung mit jeder Militärvorlage steigt. Diese Mißstimmung auf Hezerei zurückführen und den schwer lastenden Druck leugnen, wäre ein staatsgefährliches und unpatriotisches Beginnen. Die Redensart, daß eine Mark auf den Kopf doch wahrlich nicht zu viel sei, wenn man damit den Kosaken abhalten könne, der an der Grenze lauere, um die letzte Ruh zu holen, die Weiber zu schänden und die Kinder zu spießen, ist eine Albernheit. Erstens bedeutet diese eine Mark auf den Kopf fünf Mark auf die Familie, und hat eine Familie ohnehin nicht so viel, als sie zum Leben braucht, dann empfindet sie es schmerzlich, wenn durch indirekte Steuern die karge Gütermenge, die sie sich zu erwerben vermag, um den Wert von weitem fünf Mark vermindert wird. Zweitens bildet die Militärverwaltung bloß einen unter vielen Verwaltungszweigen, und das Sparen in den übrigen zu Gunsten des Militärs erzeugt hie und da die unwürdigsten und unerträglichsten Zustände. Soll diesen abgeholfen und soll dabei auch noch den Bedürfnissen der Provinzen, Kreise und Gemeinden Rechnung getragen werden, so kann leicht aus der fünf eine fünfzig werden. Drittens kommen zu den fünfzig bis sechzig Millionen, um die der gewöhnliche Etat erhöht wird, viele außer-

ordentliche Ausgaben, die durch Anleihen gedeckt werden müssen, daher die Reichsschuld vermehren, die aus dem Steuerertrage verzinst werden muß, auch in mehreren andern Beziehungen wirtschaftlich und sozial verderblich wirkt. Viertens drückt das Militär nicht bloß durch die Steuern. Der kleine Bauer, dem ein Sohn einberufen wird, muß statt dessen einen Knecht oder Tagelöhner halten und glaubt außerdem auch noch den Sohn mit einem Zuschuß unterstützen zu müssen. Von den Knechten und ländlichen Tagelöhnern, die zum Militär kommen, bleiben viele in der Stadt, weil es ihnen da besser gefällt als bei der täglich ungemütlicher werdenden Ackerarbeit, und den Knechten ziehen die Mägde nach. So trägt der Militarismus noch zur Entvölkerung des platten Landes bei. Der junge Handwerker aber, der Fabrikarbeiter, der Handlungsgehilfe findet, wenn er vom Militär zurückkommt, seinen Platz besetzt, und diese Gefährdung seiner Existenz wiederholt sich bei jeder Übung. Der Beamte kennt das freilich nicht, und er ist daher jederzeit bereit, das Lob des Dienstes zu singen; sein Gehalt geht fort, und seine Stelle bleibt ihm. Dazu kommt die Zurückdrängung des bürgerlichen Elements durch das immer breiter hervortretende militärische: die Schädigung von Gewerbetreibenden durch Militärwerkstätten, Kantinen, Kasinos und Krümperfuhrwerke, von Arbeitern dadurch, daß die Garnisonen bei manchen Gelegenheiten, z. B. für den Postdienst in der Weihnachtszeit, Mannschaften zur Aushilfe stellen, die Verletzung des Ehrgefühls, wenn die Uniform überall dem bürgerlichen Rock vorgeht, mag auch in jener nur ein junger Leutnant, in diesem ein alter hochverdienter Mann stecken. Die Arbeiter endlich sind dem Militarismus an sich feind, weil sie wissen, daß er einen festen Damm gegen ihre Bestrebungen bildet. Bei vielen wird ja freilich diese Gegnerschaft durch das persönliche Wohlgefallen am Soldatenleben aufgewogen; allein die „Lust, Soldat zu sein,“ wird von Jahr zu Jahr durch die zunehmende Strenge des Dienstes geringer, und je weitere Kreise die Rekrutierung ergreift, desto größer wird unter den Ausgehobnen die Zahl solcher, die sich nicht fürs Soldatenleben eignen. Der Soldatenberuf ist ein Beruf wie jeder andre Beruf; wer sich für ihn am besten eignet, wird sich gewöhnlich zum Schulmeister- oder Schneider- oder Schreiberberuf am schlechtesten eignen, und umgekehrt; vielseitige Persönlichkeiten, die zu allem taugen, sind selten. Als Landsturmmann zur Wehr greifen, um Haus und Hof vor dem eingedrungenen Feinde zu schützen, das kann jeder, und das thut jeder; aber ein vollkommener Soldat sein, das kann nicht jeder für andre Berufsarbeiten tüchtige Mann; vollkommene Soldaten aber sollen in den modernen Staaten alle Dienstpflichtigen werden. Wenn man nun nicht bloß solche dazu nimmt, die Anlage und Lust dazu haben, sondern alle leidlich gesunden Männer, so entsteht daraus ein doppeltes Übel: wer Lust zum Soldatenleben hat, der wird dadurch seinem bürgerlichen Beruf entfremdet, und wer keine Lust dazu hat, dem fällt der Dienst sehr schwer, und das Militär wird ihm verhaßt. Über

kurz oder lang werden sich die europäischen Regierungen vor die Frage gestellt sehen, ob es möglich sei, aus allen Männern zugleich vollkommene Soldaten und vollkommene Handwerker, Künstler, Gelehrte, Fabrikarbeiter und Bauern zu machen, und ob nicht „das Volk in Waffen“ eine nur vorübergehend berechnete, auf die Dauer aber unhaltbare Einrichtung sei. Ein Volk ist entweder ein eroberndes Volk und dann ein Soldatenvolk, schwach im Ackerbau, den es durch Sklaven betreiben läßt, schwach in Künsten und Wissenschaften, in Handel und Gewerbe, oder es ist ein Volk friedlicher Bürger und Bauern, dann kann es kein Soldatenvolk sein, und der Offizier kann nicht die erste Rolle spielen.

Wenn die Kartellpresse alle diese Schwierigkeiten einfach totschweigt oder mit einigen patriotischen Redensarten abfertigt, so ist das teils ein frivoles Treiben gedankenloser Lohnschreiber, die jederzeit bereit sind, heute für und morgen gegen ein und dieselbe Sache zu schreiben, teils rührt es daher, daß die guten und ehrlichen Patrioten, die überall dabei sind, wo der Ruf ertönt: Mit Gott für König und Vaterland, in ihrer Begeisterung unfähig sind, nüchterne Erwägungen anzustellen, endlich auch daher, daß diese Presse unter dem Einflusse mächtiger Interessentengruppen steht, denen jede Vermehrung des Militärs Vorteil bringt.

Die Drohung mit Franzosen und Kosaken wirkt nicht mehr. Jedermann sagt sich, daß wir zwar selbstverständlich unter den heutigen Verhältnissen ein großes, starkes und gutes Kriegsheer haben müssen, daß aber bei einer Friedensstärke von beinahe einer halben Million das Schicksal des Vaterlandes unmöglich von 20000 oder auch 50000 Mann mehr oder weniger abhängen könne. Die großen Worte der Regierungsblätter und der Patrioten von Beruf ziehen um so weniger, weil Fürst Bismarck, der doch wohl zu den Sachverständigen gehört, von Anfang bis zu Ende in den „Hamburger Nachrichten“ behauptet hat: 1. nicht die Annahme, sondern die Ablehnung der Vorlage würde eine Friedensbürgschaft sein, 2. die Durchführung der Vorlage würde — für die nächsten Jahre wenigstens — eher eine Schwächung als eine Stärkung unsrer Kriegsmacht bedeuten. Am 8. November v. J. hat denn auch ein nationalliberales Blatt Badens geschrieben: Wir möchten den sehen, der jetzt, nachdem Bismarck gesprochen hat, es noch wagen würde, diese Vorlage auch nur mit einem Worte zu verteidigen! Zu allem Überfluß hat dann noch ein Blatt der Mittelparteien kurz vor dem Wahltag in seiner Herzensangst geraten, daß es sich ja gar nicht um Franzosen und Kosaken, sondern um die Sozialdemokraten handle, das heißt also, daß wir mehr Soldaten brauchen für den latenten Bürgerkrieg; denn nicht eine Verschwörerbande ist die Sozialdemokratie, sondern der organisierte vierte Stand.

Nicht weniger unwirksam als die Schreckgespenster sind die auf volkswirtschaftliche Erwägungen gegründeten Moralpredigten. Man rechnet uns

vor, daß alle unsre Nachbarn noch weit mehr fürs Militär ausgeben als wir. Darauf antwortet der anonyme Verfasser des Buches: „Volksdienst; von einem Sozialaristokraten“ (und spricht damit gewiß den innersten Gedanken von Millionen aus): Daraus folgt doch nur, daß die andern Völker noch dünner sind als wir! Man rechnet uns vor, wie reich das deutsche Volk sei, und wie leicht es noch weit mehr aufbringen könnte, als gefordert wird. Ja doch, ja! Unser Nationaleinkommen ist stattlich genug. Miquel hat allein bei den obern Dreihunderttausenden Preußens 1500 Millionen Einkommen mehr entdeckt, als diese Herren das Jahr zuvor selbst gefunden hatten. Niemand wird behaupten wollen, daß sie mit dem, was sie vor der neuen Einschätzung selbst angegeben hatten, nicht standesgemäß leben könnten. Sie brauchen von diesen 1500 Millionen nur den dritten Teil als Finderlohn auf dem Altare des Vaterlandes zu opfern — natürlich alljährlich —, und nicht allein die Kosten der Militärvorlage sind gedeckt, sondern Staat und Reich sind aus allen Finanznöten. Und dann werden sie auch einigermaßen berechtigt sein, in ihren Blättern dem Mittelstande — das Proletariat muß aus dem Spiele bleiben; ihm Opfer fürs Vaterland zuzumuten, wäre aus mehr als einem Grunde unanständig —, dem Mittelstande also Opferwilligkeit predigen zu lassen. Wenn sie vor dieser That, die bei der jetzt in ihren Kreisen flutenden hohen patriotischen Begeisterung keine vier Wochen mehr auf sich warten lassen kann, schon jetzt predigen lassen und auf ihre Predigt ein andres Amen erwarten, als ein höllisches Hohngelächter, dann sind sie dumm.

Stünde der Feind wirklich an der Grenze oder gar schon im Lande, dann wäre zum Rechnen keine Zeit, und jeder, auch der Proletarier, würde opfern, ohne zu fragen, was der reiche Nachbar opfert oder dem Vaterlande schädig entzieht. Daß dem Volk Opfer zugemutet werden für Zwecke, die es nicht kennt, von denen es argwöhnt, sie möchten mit seinem Wohle sehr wenig zu schaffen haben, daß auf jede „unwiderruflich letzte“ Militärvorlage eine neue folgt, das bringt das Volk zur Verzweiflung. Es fühlt sich wehrlos in einen Schraubstock gespannt, dessen Schraube ohne Ende seine wirtschaftliche wie seine Charakter- und Geisteskraft zu zermalmen droht. Auf die „militärische Spannung,“ nicht auf „Intentionen der Regierungen“ hat Graf Kalnoky das europäische Wettrüsten zurückgeführt. Das heißt deutlich gesprochen: nachdem die europäischen Staaten fast sämtlich Militärstaaten und die Offizierkorps der herrschende Stand geworden sind, giebt es nichts, was den jedem Stande natürlichen Expansionstrieb beim Militär noch einschränken und hemmen könnte. Und jeder Ruck, mit dem sich das Heer des einen Staates ausdehnt, liefert den Heeren aller andern Staaten den willkommenen Vorwand für eine entsprechende Vergrößerung.

Nun soll nicht geleugnet werden, daß diese militärische Spannung durch die Lage Europas gerechtfertigt wird. Nur muß man endlich einmal auf-

Hören, diese Lage so darzustellen, wie es alljährlich in den Thronreden aller Staaten geschieht: unsre Beziehungen zum Auslande sind die besten, aber zur Sicherung des Friedens brauchen wir mehr Soldaten. Wir Deutschen sind keine kleinen Kinder, daß man uns eine Redensart, die einmal als diplomatischer Notbehelf gestattet werden könnte, zwanzig Jahre lang alljährlich zur Begründung von Gesetzbvorlagen aufstischen dürfte. Die den Frieden bedrohende Kriegsgefahr ist kein geheimnisvolles, unsaßbares Gespenst, sondern beruht auf Verhältnissen, die breit und körperlich vor aller Welt Augen daliegen, die deutlich ausgesprochen und entweder auf diplomatischem Wege oder durch einen Krieg beseitigt werden müssen. Die Redensart vom Rüsten zur Erhaltung des Friedens enthält einen unerträglichen Widersinn. Entweder die Völker Europas sind sämtlich industriell geworden und mögen wirklich keine Kriege mehr führen, dann sind die Armeen rudimentäre Organe am Volkskörper, die vielleicht, gleich den Schwanzbürczeln der Hirsche und Rehe, noch als Verzierung beibehalten werden könnten, aber denen die besten Säfte zuzuführen Tollheit wäre. Oder irgend ein Volk, es mögen auch zwei oder drei Völker sein, braucht und will den Krieg, dann „stelle“ man den Störenfried und bringe die Sache zur Entscheidung! Soldaten sind zum Kriegführen da, und kann oder will man sie nicht mehr dazu gebrauchen, dann fort mit ihnen! Zur Leibesübung reicht die Gymnastik hin und sind weder Magazingewehre noch Kanonen noch Kasernen nötig. Und was die militärische Erziehung anlangt, so können Ordnungsliebe und Reinlichkeit auch außerhalb der Kaserne gepflegt werden, der militärische Gehorsam aber ist, als Eigenschaft eines ganzen Volkes, eine sehr bedenkliche Tugend; er macht steif, bindet die Initiative und dörrt den Geist aus. Preußen hat seinen Bedarf an Geist größtenteils aus den deutschen Kleinstaaten gedeckt, und unsre Kolonisationsversuche fallen zum Teil darum so wenig befriedigend aus, weil unserm Volke unter der militärischen Dressur die Spannkraft, die Selbständigkeit der Entschliefungen, die Fähigkeit, sich ohne Anweisung von oben in jeder Lage selbst zu helfen — Eigenschaften, die den Engländer auszeichnen —, zum Teil verloren gegangen sind.

Zu dieser innerlichen Bindung tritt aber eine äußere. Der gesunde, intelligente Deutsche, der auswandern möchte, um sich in der Ferne eine Existenz zu gründen, darf gerade in den Jahren der frischesten Thatkraft und Unternehmungslust nicht fort. Die Militärpflicht hält ihn zurück, und zudem hat man sich daran gewöhnt, jede Auswanderung eines kräftigen Mannes als einen doppelten Verlust fürs Vaterland anzusehen: außer dem Soldaten, meint man, gehe auch ein Stück Kapital verloren. Das Gegenteil ist wahr: daheim geht es verloren! Seder im Volkskörper bleibende Blutstropfen, für den die entsprechende Verwendung fehlt, schlägt in Eiter um. Unser Volk wird dadurch wahrlich nicht stärker, daß wir jährlich ein paar hunderttausend verkümmerte,

unzufriedne Arbeiter, Strolche, Schmarotzer aller Art mehr bekommen und zu deren Bewachung so und so viel tausend Soldaten und Polizeibeamte bezahlen, für ihre Unterbringung so und so viel Zuchthäuser, Irrenhäuser und Siechenhäuser bauen und unterhalten müssen. Wenn dagegen der Überschuß alljährlich auswanderte, so würde uns alljährlich ein neues deutsches Volk von kräftigen Bauern zuwachsen, die zugleich Abnehmer unsrer Industrieerzeugnisse sein würden. Und das wäre ein Zuwachs nicht allein von Reichthum, sondern auch von politischer Macht. Oder glaubt man, daß Rußland noch einen Krieg gegen uns führen könnte, wenn es zehn Millionen Deutsche in seinem Schoße hegte? Man eröffne dem deutschen Volke die Aussicht, daß die Rüstungen auf eine solche Verbreiterung seiner wirtschaftlichen Grundlage abzielen, und es wird die Militärvorlage mit Jubel bewilligen. Für einen greifbaren hohen Zweck zu opfern läßt es sich ganz gewiß bereit finden.

Vor vierzehn Tagen ist an dieser Stelle auf die dem deutschen Volke ur-eigene Kriegslust hingewiesen worden, die mit Friedensgeschwätz und polizeilich erzwungener Philistersittsamkeit dämpfen zu wollen höchst unpolitisch sei. Sehr richtig; nur scheint uns die Sache ein wenig anders zu liegen, als sie der Verfasser jenes Artikels auffaßt. Der Krieg, wie er heute geführt wird, kann dem kampflustigen Ritter so wenig Freude machen wie dem rauschlustigen Burschen. Nur das Ringen Brust an Brust, das Hauen und Stechen auf den Leib des Gegners, wobei man dessen Blut spritzen sieht, befriedigt diesen Trieb; auf Kommando im Kugelregen still stehen, oder auf Feinde schießen, die zweitausend Fuß weit entfernt stehen, dürfte schwerlich ein Vergnügen sein. Dennoch würde der Krieg als Erlösung von unerträglichem Drucke wirken und, wenn auch nicht um seiner selbst willen, so doch als Mittel zum Zweck mit Jubel begrüßt werden. Was bei uns Millionen vor Wut wahnsinnig macht, ist das Bewußtsein, die Empfindung, daß sie etwas tüchtiges leisten, sich eine anständige Existenz gründen könnten, daran aber durch die Verhältnisse gehindert werden. Anstatt ein Brachfeld umzupflügen und sich und den Seinen ein schönes Heim zu gründen, muß so mancher starke junge Mann in einer Gifthütte Farben kochen und dabei schwindstüchtig werden oder in einer Penne verfaulen. Die Spannkraft, die ihn treibt, Widerstände zu besiegen, und wovon die Rauschlust nur eine spielerische Auserung ist, wird durch den Druck der Verhältnisse in selbstmörderischen Gram oder giftigen Neid oder boshafte Mordlust umgesetzt. In England ist zwar durch die Selbstsucht der herrschenden Klassen die Hälfte des Volks ähnlichem Siechtum verfallen, die andre Hälfte aber, die sich die natürliche Spannkraft bewahrt hat, ist so glücklich, durch keinerlei Schranken eingeengt zu werden, und so genügen denn ihrem Expansionsbedürfnis kaum alle fünf Welttheile; dem deutschen, an und für sich ganz ebenso kräftigen und noch reicher begabten Volke sollen seine neuntausend Quadratmeilen genügen! Der gesunde Junge steckt in der Zwangsjacke; er

strampelt, er heult, er kratzt und beißt. Die Tanten schreien: bindet ihn fester, haut ihn! Und so geschieht es; aber natürlich, je mehr er geprügelt und je fester er geschnürt wird, desto mehr rast er, und befreit man ihn nicht bald, so wird nicht bloß ein Taugenichts, sondern ein Böfewicht daraus.

Noch ein anderer Punkt ist zu erwägen. Wenn Moltke gesagt hat, das deutsche Volk werde die Errungenschaften von 1870 fünfzig Jahre hindurch verteidigen müssen, so heißt das so viel wie: wir haben 1870 unser Ziel noch nicht erreicht; Deutschland hat noch nicht die Gestalt und Größe, die es haben muß, um unangreifbar und sicher dazustehen, es muß noch einen, vielleicht noch eine Reihe von Kriegen führen, um dieses Ziel zu erreichen. Wollte jemand die Worte des großen Strategen so verstehen, daß unser Volk fünfzig Jahre lang der Gefahr von Überfällen ausgesetzt Gewehr beim Fuß dastehen solle, ohne sich zu rühren, so hieße das, uns eine übermenschliche Geduldprüfung zumuten, und schon nach fünfundzwanzig Jahren würde die Ungebuld wie vor Paris „Macht doch endlich bum, bum, bum!“ schreien und nicht mehr zu zügeln sein. Ein Volk, das Jahrzehnte um seiner Sicherheit willen rüsten müßte und die unerträgliche Spannung nicht durch einen Angriff zu lösen wagte, würde nicht die Rolle der alten Römer spielen, sondern die der Karthager nach dem zweiten punischen Kriege.

Durch die Art und Weise, wie Militärvorlagen behandelt zu werden pflegen, wird die Lage der Regierung nicht eben verbessert. Zwei Leitmotive beherrschen ihre parlamentarische Schlachtenmusik: 1. In Militärsachen ist die Militärverwaltung allein sachverständig. 2. Wer gegen uns stimmt, ist ein Feind des Vaterlands. Der erste Satz ist unbedingt richtig, und deshalb hat es keinen Sinn, im Parlament und in der Presse über Kadres und Manquements, über das Verhältnis der Artillerie zur Infanterie u. dgl. zu disputieren. Läßt man sich aber auf solche Erörterungen mit uns Laien ein, dann muß man sichs auch gefallen lassen, wenn wir, die wir auf Autoritäten angewiesen sind, uns unsre Autoritäten nach Belieben auswählen, Bismarck mehr glauben als Caprivi, dem die Zahlenwut verspottenden Caprivi von 1891 mehr als dem Caprivi von 1893, und dem Kaiser Wilhelm, der vor reichlich einem Jahre gesagt hat, eine kleinere gute Truppe sei ihm lieber als eine größere weniger gute, mehr als demselben Kaiser Wilhelm, der später doch zum großen Mißfallen der Konservativen diese Vorlage mit der zweijährigen Dienstzeit genehmigt hat. Wenn aber auch der zweite Satz richtig sein sollte, wozu befragt man dann überhaupt das Volk? Hat es einen Sinn, die Leute zu fragen, ob sie Landesverräter sein wollen oder nicht, und den Beschlüssen einer landesverräterischen Mehrheit bindende Kraft zuzuerkennen? Entweder man hält den Staatsbürger für berechtigt, auch eine Militärvorlage abzulehnen, dann ist er, wenn er es thut, kein Vaterlandsfeind; oder man glaubt, daß in Militärsachen das Wohl des Vaterlandes nur beim Monarchen geborgen sei, dann scheidet

man sie von den Beratungsgegenständen des Reichstags aus, und der Monarch übernehme die ganze Verantwortung selbst persönlich und allein! Allenfalls könnte er, um sich einigermaßen zu decken, ein Plebiszit, ein Referendum veranstalten, nicht über das Technische einer solchen Vorlage, wovon wir ja nichts verstehen, sondern über folgende drei Fragen. 1. Wünscht ihr eine Verstärkung des Kriegsheeres? 2. Wenn nicht, wollt ihr sie euch wenigstens gefallen lassen? 3. Ist das Volk imstande, die vermehrte Last zu tragen? Die Antwort wäre einfach mit ja und nein zu geben, und alle Agitation und Beeinflussung wäre ausdrücklich zu verbieten, da dem Monarchen alles daran liegen müßte, den Willen und die Stimmung der Mehrzahl genau zu erfahren. Überwögen bei allen drei Fragen die „nein,“ und bliebe er dennoch bei seinem Entschlusse, so wüßte er wenigstens ganz genau, welches Wagnis er damit unternähme. Der Reichstag hätte dann nur über die Aufbringung der Kosten zu beraten, und wenn er sich weigerte oder über die auszusprechenden Steuern nicht einigen könnte, so würde der Monarch, wiederum auf seine persönliche Verantwortung und Gefahr, das Geld nehmen, wo er es fände.

Die Reichstagsabgeordneten, die von mancherlei Rücksichten geleitet werden, sind weit entfernt davon, den Dingen so auf den Grund zu gehen, wie wir es oben gethan haben, und nach solchen Erwägungen ihre Entscheidungen zu treffen oder die Regierung zur Annahme einer Politik mit klaren Zielen zu zwingen. Anfänglich waren sie sämtlich gegen die Vorlage, die zur Rechten wegen der zweijährigen Dienstzeit, die zur Linken theils aus grundsätzlicher Abneigung gegen das Militär, theils aus volkswirtschaftlichen Gründen, alle ohne Ausnahme, weil es die Wähler gern haben. Der Verfasser dieses Aufsatzes hat in einer kleinen Zeitung den damaligen Entrüstungsturm verspottet und prophezeit, daß im letzten Augenblick Zentrum und Liberale die zur Annahme erforderliche Anzahl von Abgeordneten abkommandiren würden, um, nachdem sie durch die Opposition ihren guten Ruf als Volksmänner gewahrt hatten, nun die Gefahr der Auflösung abzuwenden. Unvorhergesehene Ereignisse haben diese Voraussagung, die sonst eingetroffen sein würde, zu schanden gemacht. Das Zentrum, tief verstimmt durch die Preisgebung des Volksschulgesetzentwurfs und daher von vornherein wenig geneigt, die Regierung zu unterstützen, wurde durch die drohende Meuterei seiner Wähler gezwungen, eine feste oppositionelle Haltung einzunehmen. Der Unwille der rheinisch-westfälischen Arbeiter und Kleinbürger darüber, daß im Zentrum die aristokratischen und regierungsfreundlichen Abgeordneten aus Schlesien die demokratischen vom Rhein in den Hintergrund zu drängen drohten, kam in der Wahl Fusangels zum Ausdruck, und in Baiern fingen die Bauern, die ihrer Natur nach für preussisches Wesen nicht schwärmen können, plötzlich an zu rumoren. Sobald man deutlich sah, daß es den Ultramontanen mit der Opposition voller Ernst sei, und daß sie keinerlei Kompromiß- oder Schacher-

gedanken mehr hätten, war dadurch den Nationalliberalen ihre Haltung vorgeschrieben. Denn wie das Zentrum vom Kulturkampf, so lebt die national-liberale Partei, die abgesehen von kirchlichen Dingen kein grundsätzlicher Unterschied mehr von den Konservativen trennt, nur noch von der Befehdung des Zentrums; sie mußte also fortan die Militärvorlage entschieden vertreten. Nun geriet Eugen Richter in die gräßlichste Verlegenheit. Wollte er die Militärvorlage retten, so mußte er eine sehr bedeutende Anzahl seiner Truppen, ja sogar das Gros abkommandiren und das Odium der Wähler allein auf sich und seine Partei nehmen. Half er dem Zentrum die Vorlage zu Falle bringen, so beschwor er die Reichstagsauflösung herauf, vor der sich zu fürchten er ernstliche Gründe hatte, wie figura zeigt, und außerdem kränkte er eine Anzahl seiner alten Getreuen, nämlich die, deren Sinn nach dem Hofe steht; „Wahlstrümpfer“ nennt sie der „Vorwärts.“ In seiner Ratlosigkeit wählte er das zweite Übel, das er für das kleinere hielt, und siehe da, es war das größere!

Verdient haben die Herren ihre Niederlage schon durch ihren mit der Waffe frecher Lüge geführten Kampf gegen den Volksschulgesetzentwurf des Grafen Zedlitz. Die Annahme des Gesetzes hätte die Volksschule nicht konfessioneller gemacht, als sie von jeher gewesen ist, aber es enthielt einen echt liberalen, echt freisinnigen Keim: die Zulassung von Privatschulen; einen Keim, dessen Ausgestaltung eine Anzahl von Schwierigkeiten gehoben und, als erster Schritt der Erlösung von bürokratischem Zwange, auch für die Lösung der Schulfrage im allgemeinen von segensreichen Folgen gewesen sein würde. Gerade dieser echt freisinnige, echt liberale Keim aber war es, vor dem sich diese liberalen und freisinnigen Ritter vom Geiste fürchteten. Ja, wenn die Freisinnigen eine zwar bürgerliche und auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stehende, aber wirklich demokratische Partei wären, die den kleinen Mann gegen den Kapitalisten und die Volksrechte gegen Polizeiwillkür verteidigte, dann müßte man ihre Zertrümmerung aufrichtig bedauern. So aber sind sie zur Judenschutztruppe herabgesunken, bekämpfen nur eine Form des Großkapitals, den Großgrundbesitz, um die Aufmerksamkeit und den Haß von den andern beiden Formen abzulenken, verhöhnern und hindern die Bestrebungen der Handwerker und Bauern nach Unabhängigkeit vom Kapital, stellen sich im Kampfe der Arbeit gegen das Großkapital ganz und gar auf die Seite des letztern, und schreien selbst am lautesten nach der Polizei, der Zensur und dem Staatsanwalt, wo immer der Wind der Freiheit nicht dem Gegner, sondern ihnen ins Gesicht bläst.

Da hätten wir nun die eigentliche Bedeutung der Wahlen. Mit der Vernichtung des bürgerlichen Liberalismus ist die Periode des politischen Parteiens Lebens vorläufig geschlossen und eine neue eröffnet, in der das öffentliche Leben nur noch vom Klassengegensatze beherrscht wird. Nur zwei große Parteien bleiben uns übrig: die der Reichen und die der Armen, die der sicher

Besitzenden und die der Proletarier und der in ihrem kleinen Besitz bedrohten. Zwar wird dieses Ergebnis noch einigermaßen verhüllt, auf der einen Seite durch die Macht des Besitzes, der Gewohnheit, der Beamtenerschaft, auf der andern Seite durch den konfessionellen Gegensatz und die Abneigung der Süddeutschen gegen Preußen,\*) allein die neue große Scheidungslinie, die auf innerer Notwendigkeit beruht, während die andern Grenzen mehr willkürlich und zufällig erscheinen, ist deutlich erkennbar. Die Militärvorlage hat den Anlaß zur Scheidung gegeben. Die dafür sind, das sind die Reichen und Mächtigen, auf der andern Seite stehen die Armen, Kleinen und Schwachen, deren Zahl natürlich die größere ist. Die Konservativen haben noch eine imposante Stimmzahl aufgebracht, weil in den östlichen Provinzen die Macht der Rittergutsbesitzer und Ortsvorsteher über die kleinen Leute sehr groß ist; wozu dann noch die Pietät der alten Kriegervereinskameraden gegen die persönlichen Wünsche des Monarchen und ihre Vorliebe fürs Militär kommt. Zu den Nationalliberalen gehören viele große Unternehmer und fast alle höhern Beamten; viele von jenen beeinflussen ihre Arbeiter, die höhern Beamten ihre Untergebenen. Zielen diese Beschränkungen hinweg, so hätten wir eine Million oppositioneller Stimmen mehr. Doch fängt die konservative Partei namentlich in Sachsen an brüchig zu werden; die Kleinhandwerker wenden sich dem Antifeminitismus zu, der nur eine Abart der Sozialdemokratie ist. Die Zentrumsleute können den Armen zugerechnet werden. Zwar sind die oberbairischen Bauern und die Gewerbetreibenden Rheinpreußens wohlhabender als die Bevölkerung Pommerns, aber dem katholischen Teile der Deutschen gehören wenig große Kapitalisten an, und die sich etwa finden, die wählen meistens nicht fürs Zentrum, sondern liberal. Das Zentrum ist eine dem Großkapital im ganzen feindliche Partei. Die noch übrigen „freisinnigen“ Wähler sind meistens Leute, die sich vorläufig noch für zu gut und zu vornehm halten, sich zu den „Arbeitern“ zu rechnen; mit der Zeit werden sie diese Scham ablegen.

Damit ist allen Politikern, die Augen im Kopfe haben, und denen das Wohl des Vaterlandes ernstlich am Herzen liegt, das nächste Ziel ihrer Thätigkeit vorgeschrieben; es heißt: Rettung des Mittelstandes, des kleinen Besitzes, so weit er noch vorhanden, Wiederherstellung, so weit er schon zu Grunde gegangen ist. Aus dem Mittelstande und aus denen, die gern dazu gehören möchten, oder die ihn neu gründen wollen, muß die Partei der Zukunft hervorgehen. Diese hat die Regierenden auf den richtigen Weg zu drängen. Constans hat in Toulouse u. a. gesagt, man müsse die Besitzenden nicht be-

\*) Das ewige Geschrei über Vaterlandslosigkeit, Partikularismus und Reichsfeindschaft ist mit dem einen Worte abzufertigen: Ihr Vaterland lieben alle, und das Reich wäre ihnen schon recht; die Regierungen sollen nur dafür sorgen, daß es einem jeden im Vaterlande gefalle, und daß „ein jeder sitze unter seinem Weinstock und unter seinem Feigenbaum (oder vor seinem Kuhstall und unter seinem Birnbaum) von Konstanz bis Königsberg.“

drohen, sondern ihre Zahl vermehren. Das ist es! Aber um die Zahl der Besitzenden vermehren zu können, muß man mit einer Politik und mit einem wirtschaftlichen System brechen, die beide darauf berechnet sind, jeden vom Volke alljährlich erarbeiteten Zuwachs am Nationalvermögen in die Taschen derer zu führen, die schon überreich sind. Das Großkapital erzeugt Proletariat, das Proletariat Großkapital; beide sind mit einander zur Symbiose verbunden. Keiner dieser beiden Auswüchse kann erhalten bleiben, keiner verhilft werden ohne den andern. Sobald dem Polypen Großkapital die mit Saugnäpfen versehenen Fangarme abgehackt werden, ergießen sich die Lebensäfte von selbst in die niedern Regionen und werden dort zur Bildung lebensfähiger Kleinwirtschaften verwendet. Welche Mittel zu diesem Zweck anzuwenden seien, haben wir schon öfter angedeutet und werden wir noch weiter auszuführen haben.

Das Schicksal der Militärvorlage ist gleichgiltig; ob wir ein paar tausend Mann Soldaten mehr oder weniger, ein paar Millionen Steuern und Schulden mehr oder weniger haben, das macht die Dinge nicht viel schlimmer und nicht viel besser, als sie sind, und ob bei der Balgerei der Parteien dieser oder jener ein paar Mandate mehr zufallen (wir schreiben das vor den Stichwahlen), das ist nicht minder gleichgiltig. Ist die Regierung in diesem Augenblicke, wo ein so klares Licht auf unsre Lage fällt, nicht ganz von allen guten Geistern verlassen, so hat sie größere Gedanken und wichtigere Sorgen.



## Eine einzige Steuer!

Henry Georges Single tax

Die einfachsten Ideen sind fast immer die,  
die sich dem menschlichen Geiste zuletzt darbieten.  
Laplace



Wir entsprechen gewiß dem Wunsche vieler Leser dieser Zeitschrift, wenn wir im folgenden die leitenden Grundgedanken Henry Georges — des großen amerikanischen Denkers und Weltwirtschaftslehrers —, eine Grundwertsteuer als soziales Heilmittel zu empfehlen, von einem seiner Anhänger, Herrn Bernhard Gulenstein in Berlin, hier darlegen lassen. Dieser schreibt uns:

Wir machen den Vorschlag, sämtliche Staats- und Gemeindesteuern, alle Zölle und Abgaben abzuschaffen und sie durch eine „einzige Steuer“ (single tax) auf Grund- und Bodenwerte — auf die Grundrente — zu ersetzen.